



Inhaltsverzeichnis

12.12.2025	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Gascade nimmt in Lubmin erste Wasserstoff-Pipeline in Betrieb	3
12.12.2025	NDR: MV fordert deutlich mehr Geld für Seehäfen	5
12.12.2025	Stuttgarter Nachrichten Stadtausgabe: Darf der Atommüll in Philippsburg lagern?	7
15.12.2025	Bocholter-Borkener Volksblatt: Sorge vor „endloser Zwischenlagerung“ in Ahaus	9
13.12.2025	t3n.de (t3n digital pioneers): Wendepunkt für Japans Atomstrategie: Das größte AKW der Welt steht vor dem Neustart	11

Gascade nimmt in Lubmin erste Wasserstoff-Pipeline in Betrieb

Projekt ist technische Pionierleistung: Erdgas-Pipeline wurde auf Wasserstoff-Transport umgestellt

Ein international einzigartiges Projekt zeigt, wie bestehende Infrastruktur schnell und kosteneffizient für den Wasserstoff-Transport bereitgestellt werden kann. Die Umstellung bestehender Erdgasleitungen auf Wasserstoff in Lubmin ist eine technische Pionierleistung.

Das Ende des fossilen Zeitalters in Lubmin ist eingeläutet. Am 11. Dezember um 12.05 Uhr war aus der alten Opal-Erdgasleitung von Lubmin in den Süden Deutschlands die Wasserstoff-Leitung „Hyos“ geworden.

Die bis dahin weithin sichtbare Fackel durch das Verbrennen von Erdgas aus der Pipeline war nicht mehr zu sehen - nur noch das Geräusch und eine Wärmebildkamera machten deutlich, dass sich nun farbloser Wasserstoff in den Röhren befindet.

Die Gascade Gastransport GmbH hat damit einen entscheidenden Meilenstein beim Aufbau des deutschen Wasserstoff-Netzes erreicht: Rund 400 Kilometer bestehender Erdgas-Leitungen wurden erfolgreich auf den Transport von Wasserstoff umgestellt. Um 11.45 Uhr waren die ersten Wasserstoff-Moleküle auch in Lubmin angelandet. „Das ist ein Ritterschlag, denn es ist die erste Wasserstoff-Pipeline in Europa“, jubelte Gascade-Geschäftsführer Ulrich Benterbusch.

Er sprach genau wie Wirtschafts-Staatssekretärin Ines Jesse von einem historischen Tag und Grund zu riesiger Freude. Mit der Initial-Befüllung der ersten 400 Kilometer Pipeline-Abschnitte im Rahmen des Programms „Flow - making hydrogen happen“ ist eine Nord-Süd-Achse von Lubmin über Brandenburg bis nach Sachsen-Anhalt entstanden, die ei-

nen zentralen Teil des deutschen Wasserstoff-Kernetzes bildet. Die Wasserstoff-Infrastruktur ist für den Markt ab sofort verfügbar.

Dieses international einzigartige Projekt zeigt, wie bestehende Infrastruktur schnell und kosteneffizient für den Wasserstoff-Transport bereitgestellt werden kann. Gascade-Chef Benterbusch unterstreicht die technische Dimension: „Mit der erfolgreichen Umstellung von 400 Kilometern Leitung stellen wir verlässlich großvolumige und zentrale Wasserstoff-Infrastruktur zur Verfügung. Die Umstellung bestehender Erdgasleitungen mit einem Durchmesser von 1,4 Metern auf Wasserstoff ist eine technische Pionierleistung.“

Das Projekt ist ein starkes Signal für die deutsche Wasserstoffwirtschaft und den Industriestandort Ostdeutschland. „MV ist bereit für Wasserstoff - unsere Infrastruktur steht“, bringt es Ines Jesse auf den Punkt. „Damit schaffen wir die Grundlage für weitere Investitionen und industrielle Ansiedlungen. Lubmin wird zu einem zentralen Energieknoten“, so Jesse.

Die Pipeline schafft die Voraussetzungen, künftig grünen Wasserstoff aus heimischer Produktion und aus Importen über den Ostseeraum zu transportieren. Mit HYOS bildet Lubmin einen zentralen Startpunkt als künftiger Im-

port-, Produktions- und Offshore-Anlandungsknoten für Wasserstoff.

Projektleiter Dr. Dirk Flandrich spricht von einem Versprechen an die Zukunft. Es gebe nun die Voraussetzung, Wasserstoff aus dem Ostseeraum, internationale Wasserstoff-Importe über den Hafen Rostock sowie grünen, in Lubmin produzierten Wasserstoff aufnehmen zu können. „Dabei denken wir die Vernetzung mit unseren europäischen Nachbarn von Anfang an mit.“

Der nunmehr betriebsbereite Teil von „Flow - making hydrogen happen“ ist der erste Schritt zu einer weiterführenden Kernetzanschluss der Industriezentren in Süddeutschland bis zum Jahr 2029. Im Rahmen des Programms werden außerdem Leitungen nach Polen, Tschechien und auch in Richtung Bayern und Österreich umgestellt oder neu gebaut.

Der Standort Lubmin wird mit der Initiative „EnergieHafen NordOst“ des Vereins Industrieparkentwicklung Lubmin gezielt weiterentwickelt. Der Verein bündelt die Interessen der ansässigen Unternehmen, um die Infrastruktur weiter auszubauen.

Für die kommunale Wärmeversorgung der Region hat das Projekt ebenfalls große Bedeutung.

Wörter: 547
Autor/-in: Cornelia Meerkatz
tmt6ucz9qmkvqupiemfc16
Seite: 9
Ressort: Greifswald Lokales (GRW1)
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 5.876 (gedruckt)
6.630 (verkauft)
7.236 (verbreitet)
Reichweite²: 0,03018 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen



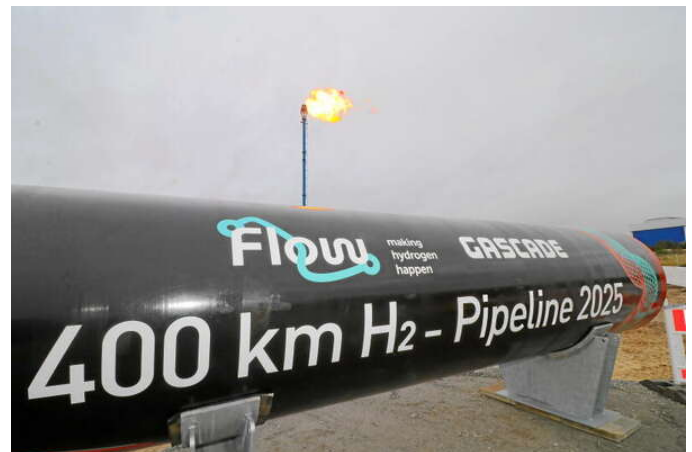
Gascade startet am Energiestandort Lubmin den Probebetrieb für die erste deutsche Wasserstoff-Pipeline bis nach Sachsen-Anhalt. Rund 400 Kilometer Leitung wurden erstmals mit Wasserstoff befüllt. *Fotograf/-in: Fotos: Tilo Wallrodt*



Hier ist die Flamme noch gelb - ein deutliches Zeichen, dass noch Erdgas verbrennt.



Gascade-Chef Ulrich Benterbusch im Gespräch mit Wirtschafts-Staatssekretärin Ines Jesse.



Gascade geht am Energiestandort Lubmin in den Probebetrieb für die erste deutsche Wasserstoff-Pipeline bis nach Sachsen-Anhalt. *Fotograf/-in: Foto: Tilo Wallrodt*

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

 NDR

MV fordert deutlich mehr Geld für Seehäfen

12. Dezember 2025 12:27 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Zum Auftakt seiner letzten Sitzung in diesem Jahr hat der Landtag über die Zukunft der Werften und Seehäfen im Land diskutiert. SPD und Linke fordern vom Bund mehr Geld, sie seien Knotenpunkte für Warenverkehr, Energiewende und die nationale Sicherheit.

Zum Auftakt seiner letzten Sitzung in diesem Jahr diskutiert der Landtag über die Zukunft der Seehäfen im Land. Diese seien Knotenpunkte für den internationalen Warenverkehr und die Energiewende und relevant für die nationale Sicherheit, heißt es in einem Antrag von SPD und Linke. Sie fordern deshalb deutlich mehr Investitionsmittel vom Bund.

Insolvenz der MV-Werften kostete MV 265 Millionen Euro

Noch läuft ein Insolvenzverfahren gegen die MV-Werften. Bisher ist dem Land Mecklenburg-Vorpommern durch die Pleite im Januar 2022 ein Schaden von mehr als 265 Millionen Euro entstanden. Das Ende der MV-Werften sei eine der größten industriepolitischen Herausforderungen des Landes gewesen, heißt es im Antrag von SPD und Linke. Seitdem sei in den Häfen viel passiert, lobte der SPD-Abgeordnete Thomas Würdisch. "Die SPD hat nicht gezögert sondern gehandelt, wir haben Strukturen erhalten, Fachkräfte gesichert und die maritime Wirtschaft neu ausgerichtet." Doch das sei kein Selbstläufer, so Würdisch. Um die Häfen im Land zukunftsfest zu machen, etwa für Warenverkehr, Energiewende und die nationale Sicherheit, müsse sich der Bund deutlich mehr beteiligen.

Opposition kritisiert fehlende maritime Strategie

Pro Jahr stellt der Bund bisher 38 Millionen Euro für die deutschen Seehäfen bereit, auf Mecklenburg-Vorpommern entfallen davon 2,5 Millionen Euro. Den gesamten Investitionsbedarf schätzt die Wirtschaft selbst auf 500 Millionen Euro pro Jahr. Für den FDP-Abgeordneten René Domke ein Zeichen, dass der Ausbau der Häfen "verpennt" worden sei. Er bezeichnete das Vorgehen der Landesregierung in dieser Frage als "eine einzige Katastrophe". "Ich komm' aus Wismar, wie oft ist die Werft da pleite gegangen? Das ist doch keine vernünftige Strategie gewesen."

Auch die AfD-Fraktion beklagte eine fehlende maritime Strategie des Landes. Der Wandel auf den Werften liege vor allem am russischen Angriffskrieg. Die CDU sieht vor allem eine Chance in der militärischen Nutzung der Häfen in Wismar und Rostock. Fraktionschef Daniel Peters kritisierte, dies würden nicht alle in

der rot-roten Landesregierung so sehen. Der Abgeordnete der Linksfraktion, Daniel Trepsdorf, entgegnete, es sei "kein Geheimnis, dass wir lieber zivilen Schiffbau wollen als militärischen", davon rücke man in der Linksfraktion nicht ab. Aber "wir werden uns nicht in den Zaun stellen, wenn der Bund was anderes subventioniert", so Trepsdorf.

Mehr Geld für Investitionen in Hafeninfrastruktur nötig

Mit den Stimmen der Linken, SPD und Grünen wurde der Antrag angenommen. Er soll **Mecklenburg-Vorpommern** nun Rückenwind geben. Im Sommer hatte die Bundesregierung bereits zusätzlich 100 Millionen Euro pro Jahr für eine klimafreundliche Schifffahrt und Häfen zugesagt. Die sollen allerdings auf die drei norddeutschen Küstenländer sowie Hamburg und Bremen aufgeteilt werden. Das reicht den rot-roten Koalitionsfraktionen nicht. Sie fordern 500 Millionen Euro pro Jahr vom Bund, um auch in die klassische Hafeninfrastruktur investieren zu können.

Darf der Atommüll in Philippsburg lagern?

Im November vorigen Jahres wurden vier Castor-Behälter mit radioaktivem Abfall in das Zwischenlager Philippsburg gebracht. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg wird jetzt entscheiden, ob das rechtens war.

Stuttgart Stefan Martus hat versucht, die Einlagerung des radioaktiven Abfalls in seiner Stadt in letzter Minute abzuwenden. Aber der Bürgermeister von Philippsburg scheiterte mit seinem Eilantrag vor Gericht: am 20. November vorigen Jahres rollte ein Zug aus Frankreich mit vier Castor-Behältern im Bahnhof seiner Stadt ein.

Einige hundert Polizisten, ein paar Demonstranten und Schaulustige begleiteten die tonnenschweren Behälter voll mit strahlendem Müll auf den letzten Metern ihrer Reise in das Zwischenlager, das seit dem Jahr 2007 auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks Philippsburg betrieben wird.

Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof, den Bürgermeister Martus im Namen der Stadt Philippsburg angerufen hatte – ebenso wie drei einzelne Bürger – wollte den Transport nicht aufhalten. Obwohl die Richter „punktuell weiteren Aufklärungsbedarf“ sahen, ob alles mit rechten Dingen zugeht, lehnten sie die Eilanträge ab.

Es würden ja „keine irreversiblen Tatsachen geschaffen“, denn die Castor-Behälter könnten, falls die Klage im Hauptsacheverfahren erfolgreich sei, wieder abtransportiert werden.

Wie es darum steht, wird sich möglicherweise schon in den nächsten Tagen zeigen. Ab dem kommenden Dienstag verhandelt der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim den Fall Philippsburg im Grundsätzlichen. Stefan Martus hat sich für das Verfahren „zwei Tage im Terminkalender geblockt“ und will vor Ort sein. Der Bürgermeister und die Mitkläger werden einer Phalanx von mehr als

zwei Dutzend Prozessgegnern gegenüber sitzen – vor allem vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base), das in Deutschland für die Genehmigung solcher atomaren Zwischenlagerungen zuständig ist. Es geht um Sicherheit, um viele technische Details – und die Zukunft der nuklearen Entsorgung in Deutschland.

Der Atommüll in den Castor-Behältern von Philippsburg ist ein kleiner Teil einer großen Menge, die in Zwischenlagern wie Gorleben, Brokdorf oder Biblis abgestellt wird, bis sie in einem noch zu bauenden großen atomaren Endlager auf viele hundert Jahre sicher verwahrt werden sollen. Es handelt sich um Überreste von Brennelementen aus deutschen Kraftwerken, die in England und Frankreich aufgearbeitet wurden.

In Philippsburg stehen insgesamt 106 Behälter mit Atommüll in einer Betonhalle. Sie sind also nicht, wie etwa in Neckarwestheim, unterirdisch gelagert. Durch die Halle wird beständig Außenluft geleitet, damit die Behälter mit den nuklearen Überresten nicht zu warm werden.

Martus und die Mitkläger haben Zweifel, dass alte Kernkraftwerke wie Philippsburg ein geeigneter Ort für diese Zwischenlager sind. „Über mein Haus fliegen ständig Flugzeuge, die vom Flughafen Frankfurt starten“, sagt der Bürgermeister. „Was ist, wenn so eine Maschine mit vollem Tank gezielt bei uns zum Absturz gebracht wird?“ Dasselbe gelte für Militärmaschinen etwa der US-Streitkräfte, die voll munitioniert im deutschen Luftraum unterwegs seien. Zudem habe der Krieg in der Ukraine gezeigt, dass man heute „schon mit einfachen Drohnen Spreng-

stoff an einen Zielort fliegen kann“. Dazu fähig seien nicht nur Militärs, sondern auch Terroristen.

Die Genehmigungsbehörde des Zwischenlagers hält diese Bedenken für weit übertrieben. Die Castor-Behälter seien umfangreichen Belastungstests unterzogen worden, das Lager sei auch bei höchst unwahrscheinlichen Bedrohungen sicher. „Wir haben auch Abstürze von Militärmaschinen geprüft. Die Genehmigung gibt ein hohes Maß an Sicherheit vor, das im laufenden Betrieb von der Aufsicht kontrolliert wird“, sagt Christoph Bunzmann, zuständiger Abteilungsleiter des BASE.

Bisher sind alle Klagen gegen die Zwischenlagerungen durch die Gerichte abgewiesen worden. So rechnet Bürgermeister Martus auch nicht ernsthaft damit, dass die Castor-Behälter wieder verschwinden. Wo sollten sie auch hin? Bis es ein atomares Endlager gibt, werden noch Jahrzehnte verstreichen. Mindestens.

Stefan Martus würde „trotzdem Hurra rufen, wenn vor Gericht drängende Fragen zur Sicherheit überzeugend beantwortet werden und anerkannt wird, dass eine Stadt wie Philippsburg in solchen Verfahren überhaupt klagebefugt ist“. Das ist tatsächlich juristisch umstritten. Im Fall der nordrhein-westfälischen Stadt Ahaus, die sich auch gerade in einem Rechtsstreit wegen einer Atommüll-Einlagerung auf ihrem Gemeindegebiet befindet, wurde sie grundsätzlich bejaht.

Auch für die Bundeseinrichtungen Base und BGZ geht es um viel: Die Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle ist in Deutschland auf vierzig Jahre

befristet, die Genehmigungen für die heutigen Zwischenlager laufen ab 2034 nach und nach aus. Es werden also zum deutschen Atommüll noch viele weitere Genehmigungen auszustellen sein. Da braucht es rechtliche Sicherheit für alle Beteiligten.

Die Zwischenlager für hoch radioaktiven Müll sind über 16 Standorte in Deutschland verteilt. Die betroffenen Kommunen haben sich in der Arbeitsgemeinschaft ASKETA zusammengeschlossen. Deren Präsident Josef Klaus beklagt, dass die „bestehenden gefährlichen Zwischenlager nicht

nur ein paar Jahre länger in Betrieb bleiben, sondern voraussichtlich Jahrzehnte“. Die ursprünglich befristete Lösung, sagt der Bürgermeister der bayrischen Gemeinde Niederaichbach, „droht stillschweigend zu einem Dauerzustand zu werden“.

Wörter: 742
Autor/-in: Rainer Pörtner
Seite: 6
Ressort: BAWU
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 16.787 (gedruckt)
21.298 (verkauft)
22.156 (verbreitet)
Reichweite²: 0,10164 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Sorge vor „endloser Zwischenlagerung“ in Ahaus

Die Endlagersuche geht weiter, doch der Kreis Borken spielt offenbar keine Rolle. Laut neuen Bewertungen erfüllt die Region nicht die nötigen geologischen Kriterien. Trotzdem bleiben Sorgen bestehen, weil das Thema Zwischenlagerung weiter ungelöst ist.

Während die Castortransporte in das Zwischenlager Ahaus von einigen Seiten seit vielen Jahren scharf kritisiert werden und eine Klage des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) beim Berliner Verwaltungsgericht weiterläuft, wird weiterhin nach einem Endlager für die hochradioaktiven Castorbehälter gesucht. Einige Kritiker fürchten, das Zwischenlager in Ahaus könne irgendwann zum Quasi-Endlager werden, weil die Suche nach einem Endlagerstandort erfolglos bleibt.

Deshalb befasste sich der Kreisausschuss für Natur, Umwelt und Landwirtschaft am Donnerstagabend mit dem Thema. Den Mitgliedern lagen detaillierte Ausführungen zum Standortauswahlverfahren für ein Endlager von der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) vor. Die Politikerinnen und Politiker wurden lediglich über den aktuellen Stand der Suche informiert. Beschlüsse oder Weichenstellungen waren nicht vorgesehen.

Umfangreiche Suche

Was bei der Endlagersuche eine besondere Rolle spielt, sind die geografischen Voraussetzungen. Immerhin soll der radioaktive Müll aus den Kraftwerken dort eine Million Jahre lagern können, ohne Einfluss auf die Umwelt zu haben. Die BGE hat deshalb Anfang November neue Zwischenergebnisse veröffentlicht, in denen geologische Teilgebiete bewertet werden, die sich teil-

weise im Kreisgebiet befinden. Dies geschieht im Rahmen der sogenannten repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU).

Das mehrstufige wissenschaftliche Auswahlverfahren prüft die grundsätzliche Eignung einer Region für ein Endlager und umfasst drei Phasen: Phase I ermittelt die geeigneten Teilgebiete und Regionen, Phase II umfasst die übertägige Erkundung der Regionen und Phase III die untertägige Erkundung sowie die finale Entscheidung. Je nach Eignung unterteilt die BGE die Gebiete in verschiedene Kategorien.

Im aktuellen Arbeitsschritt wurden jetzt zwei geologische Formationen im Kreisgebiet geprüft: die Tongesteine des Mitteljura (Dogger) und die Tongesteine der Unterkreide. Beide Formationen kommen im Kreisgebiet laut Bericht nur sehr kleinflächig vor. Nach Bewertung der BGE erfüllen die bislang untersuchten Bereiche im Kreis Borken weder die erforderlichen geologischen Eigenschaften noch die Mindestkriterien, um als potenziell geeignet zu gelten. Kein Teilgebiet hat die ersten Prüfschritte vollständig bestanden, und keines wurde in eine der positiven Eignungskategorien eingestuft.

Eine komplexe Gemengelage

Gute Nachrichten also für den Kreis? „Nach aktuellem Stand sind wir raus“, sagt Jens Steiner von den Grünen vor der Ausschusssitzung im Gespräch mit der Redaktion. Das sei aus seiner Sicht aber nicht wirklich überraschend. Eher sieht er das Problem bei der potenziellen „endlosen Zwischenlagerung“ in Ahaus. Denn schon bald sollen die Castortransporte von Jülich nach Ahaus

starten. „Und das kann man eben nur verhindern, wenn der Druck der Menschen in der Region da ist“, führt Steiner aus. Es sei rechtlich eine komplexe Gemengelage, die er nicht sehr bald enden sieht. „Ich denke, das Thema wird uns noch einige Jahrzehnte begleiten.“

Für diese Einschätzung gibt es einen nachvollziehbaren Anlass. Denn erst im vergangenen Jahr kündigte die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) bei einem Info-Abend im Ahauser Rathaus an, eine Verlängerung der Lagerfrist für radioaktiven Müll in Ahaus beim Bund zu beantragen. Die Einlagerung begann in Ahaus 1992 und war für 40 Jahre angedacht – bis 2032 also. Ob es dabei bleibt, ist fraglich.

Auch für die CDU im Kreis Borken. „Das Auswahlverfahren ist zeitlich offenbar aufwendiger als ursprünglich gedacht“, sagt Markus Jasper von der Partei gegenüber der Redaktion. Er deutet an, dass es aufgrund der ständigen Verzögerungen bei der Endlagersuche zu einer Verlängerung der Lagerfrist in Ahaus kommen könnte. „Vermutlich wird es nicht noch einmal in ein anderes Lager gefahren, bevor ein Endlager gefunden wurde.“ Deshalb sei es ganz entscheidend, dass ein Standort gefunden werde. Auch, um zu vermeiden, dass sich die Lagerung in Ahaus weiter hinzieht.

Denn die Rechtslage sei klar: „Ein Zwischenlager ist kein Endlager.“ „Ahaus übernimmt eine große Verantwortung für ganz Deutschland“, erklärt Jasper weiter. „Aber wir brauchen jetzt einen klareren Zeitplan.“ Die zuständigen Behörden seien aufgefordert, Klarheit in den zeitlichen Ablauf zu bringen.

Wörter: 652
Autor/-in: Gatz, Maurice
1386406
gam
Seite: 19
Ressort: Regionales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage¹: 13.661 (gedruckt)
20.339 (verkauft)
20.374 (verbreitet)
Reichweite²: 0,06409 (in Mio)

Urheberinformation: (c) BBV

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Analyse

Wendepunkt für Japans Atomstrategie: Das größte AKW der Welt steht vor dem Neustart

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 soll das AKW Kashiwazaki-Kariwa mit zwei Reaktoren wieder ans Netz gehen. Betreiber Tepco erhofft sich dabei dreierlei Nutzen.

Der Gouverneur der japanischen Präfektur Niigata markierte einen Wendepunkt in Japans Atompolitik: Am 21. November gab Hideyo Hanazumi nach Jahren des Zögerns, Skandalen und technischen Nachrüstungen sein „Ja“ zum Neustart des Atomkraftwerks Kashiwazaki-Kariwa.

Erstmals wieder Atomstrom

Das AKW ist nicht irgendein Kraftwerk. Mit einer installierten Gesamtleistung von über 8,2 Gigawatt ist es der leistungsstärkste Atomkomplex der Welt. Und sein Betreiber ist niemand Geringerer als die Tokyo Electric Power Company (Tepco) – jener Konzern, dessen Name seit der Atomkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 Synonym für das Scheitern der nuklearen Sicherheitskultur geworden ist. Die geplante Wiederinbetriebnahme der Reaktoren 6 und 7 wäre für den Tokioter Stromversorger das erste Mal, dass er seit 2011 wieder Atomstrom produziert. Doch dieser Schritt ist mehr als ein Einschnitt für Tepco, er symbolisiert eine Zeitenwende in Japans Energiepolitik.

Nach der Fukushima-Katastrophe wurden alle 54 Kernreaktoren des Landes stillgelegt. Bis heute sind nur 14 (von anderen Unternehmen) wieder in Betrieb. Sie produzieren rund neun Prozent von Japans Strom. Die Regierung strebt jedoch im neuen Energieplan vom Februar 2025 einen Atomkraft-Anteil von 20 Prozent bis 2040 an, was ohne Kashiwazaki-Kariwa kaum erreichbar scheint.

Kernsanierung: Wie geht es Tepco wirtschaftlich?

Für Tepco geht es um eine finanzielle Kernsanierung durch Kernspaltung. Seit der Abschaltung aller Reaktoren blutet der Konzern finanziell aus. Er muss teures Flüssigerdgas importieren, um die Lichter im Großraum Tokio brennen zu lassen, und gleichzeitig die astronomischen Kosten für die Sanierung der Ruinen von Fukushima Daiichi stemmen – ein Projekt, das Jahrzehnte dauern und hohe Summen verschlingen wird.

Der Neustart der beiden „Advanced Boiling Water Reactors“ (ABWR) hätte damit dreierlei Nutzen: Er würde zusammen 2.710 Megawatt liefern, die Bilanz um etwa 100 bis 120 Milliarden Yen pro Reaktor und Jahr verbessern sowie die Abhängigkeit von teuren fossilen Brennstoffen reduzieren. Tepco-Präsident Tomoaki Kobayakawa bezeichnete den Plan daher als „unverzichtbar“ für die finanzielle Sanierung.

Misstrauen gegenüber Tepco: Sicherheitsmängel

Doch die Genehmigung ist prekär. Ein Grund dafür ist die Geschichte der Nachlässigkeiten von Tepco. Zwischen 2020 und 2021 kamen schwerwiegende Sicherheitsverstöße ans Licht: Ein Mitarbeiter verschaffte sich mithilfe der ID-Karte eines Kollegen Zugang zum zentralen Kontrollraum. Noch gravierender war die Enthüllung, dass Eindringlings-Detektionssysteme an 15 Standorten über Monate hinweg defekt waren,

ohne dass adäquate Ersatzmaßnahmen ergriffen wurden.

Wegen dieses Mangels in der Terrorabwehr verhängte die Atomaufsichtsbehörde NRA im April 2021 das erste Mal in ihrer Geschichte ein faktisches Betriebsverbot. Erst im Dezember 2023, nach umfassenden Reformen und über 4.000 Stunden zusätzlicher Inspektionen, hob die NRA die Anordnung auf. Kurz vor der Zustimmung des Gouverneurs tauchten im November 2025 jedoch erneut Mängel auf. Ein Tepco-Mitarbeiter war unsachgemäß mit geheimen Terrorabwehr-Dokumenten umgegangen.

Erdbebengefahr schürt Widerstand

Erdbeben sind ein weiterer Grund für Misstrauen. Zwar hat Tepco eine 15 Meter hohe Tsunami-Schutzwand errichtet. Technisch sind Block 6 und 7 laut Expert:innen nun sicherer als je zuvor. Doch Technik ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist das Vertrauen der Anwohner:innen, das immer wieder durch Erdbeben – buchstäblich – erschüttert wurde.

So führte beispielsweise 2007 ein Erdbeben in Niigata mit der Magnitude 6,6 zu Bränden und kleineren radioaktiven Lecks. Die gemessenen Bodenbeschleunigungen übertrafen die Auslegungsbasis damals erheblich. Am 1. Januar 2024 zeigte ein Erdbeben bei der nahen Noto-Halbinsel (Magnitude 7,6) erneut die Verwundbarkeit der Region.

Zwar erlitt das Kraftwerk selbst nur leichte Schäden – radioaktives Wasser schwappte aus mehreren Abklingbecken –, das Beben offenbarte jedoch gravierende Probleme bei der Evakuierungslogistik. Küstenstraßen wurden durch Erdbeben zerstört und Gemeinden waren tagelang isoliert.

Gouverneur Hanazumi machte den Ausbau der Evakuierungsinfrastruktur zu einer seiner sieben Bedingungen für den Neustart. Umfragen in Niigata zeigen eine gesplante Meinung: Zwar befürworten 50 Prozent den Neustart, doch fast 70 Prozent äußern Bedenken

bezüglich Tepcos Fähigkeit, das Kraftwerk sicher zu betreiben.

Ein fragiler Fahrplan für den Wiederbetrieb des AKW

Nach der Zustimmung des Gouverneurs folgt nun die entscheidende Hürde: Die Präfekturversammlung muss im Dezember 2025 zustimmen. Da die regierende Liberaldemokratische Partei die Mehrheit hält, gilt die Genehmigung als Formsache. Anschließend sind finale Inspektionen der NRA erforderlich, die etwa zwei Monate dauern.

Wenn alles nach Plan verläuft, könnte die Inbetriebnahme von Reaktor 6 im März 2026 erfolgen. Reaktor 7 wird später folgen, da die erforderlichen Anti-Terror-Einrichtungen erst 2029 fertiggestellt werden sollen. Es wird jedoch ein Neustart unter dem Mikroskop sein: Jeder kleine Fehler, jedes undichte Ventil, wird medial vergrößert werden. Scheitert Tepco erneut, dürfte die japanische Atom-Renaissance empfindlich gebremst werden.

Wörter:	728	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Martin Kölling	Visits (VpD) ¹ :	166.985
Rubrik:	Future & Science	Unique Users (UUpD) ² :	34.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://t3n.de/news/wendepunkt-fuer-japans-atomstrategie-das-groeszte-akw-der-welt-steht-vor-dem-neu-start-1719976/>

¹ von PMG gewichtet 10-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+